Analyse & Debatte

Matteo Salvini, Chef der rechtsextremen Lega, in einem Roma-Lager in Turin. Foto: Ropi

Weggefegte Leichtigkeit

Die Italiener gehen verwirrt in die Parlamentswahl vom 4. März. Zur Auswahl stehen eine pyrotechnische, eine skurrile und eine giftige Allianz. *Von Oliver Meiler, Rom*

In den italienischen Kinos läuft in diesen Wochen vor den Wahlen ein Film, der dem Land auf kluge und auch krude Weise den Spiegel vorhält. Er heisst «Made in Italy», wie die Etiketten auf all den schönen und köstlichen Dingen, die im Land hergestellt werden. Gemacht hat ihn Luciano Ligabue, der Liedermacher und Rocker aus der Emilia. Der Film ist ein Blockbuster. Er erzählt die Folgen der Wirtschaftskrise und verwebt sie mit dem Schicksal eines Angestellten einer Wurstfabrik im Norden. Der verliert nicht nur seinen Job, sondern auch eine Menge vermeintlicher Gewissheiten und verinnerlichter Mythen. Sein müdes Gesicht spricht Bände der Entzauberung. Die italienische Leichtigkeit: wie weggefegt.

Am 4. März wählen die Italiener ein neues Parlament. Und obschon die Wirtschaft nach zehn Jahren endlich wieder wächst, die Exporte anziehen und der Konsum steigt, liegt noch immer diese schwere Nüchternheit auf dem Land. Der neue Elan erreicht bei weitem nicht alle. Unter den Jungen sind noch immer 36 Prozent arbeitslos. Die sozialen Ungleichheiten sind in der Krise grösser geworden und mit ihnen die Abstiegsängste der Mittelklasse. Diese Ängste nähren diffuse Ressentiments, auch gegen Zuwanderer. Von der Politik sind die Italiener nachhaltig enttäuscht, wie eine neue Studie zeigt. Nur 5 Prozent der Italiener vertrauen den Parteien. Oder anders: Spektakuläre 95 Prozent misstrauen ihnen.

In dieser Stimmung wählen die Italiener. Die Politiker verheissen Weihnachten ohne Ende, weniger Abgaben und höhere Renten, Amnestie für Bau- und Steuersünder. Nie waren die Versprechen enormer, doch niemand nimmt sie ernst. Besonders stark trifft der Verdruss die Sozialdemokraten, die Italien in der letzten Phase der «verlorenen Dekade» regiert haben. Sie leiden an einem ähnlichen Syndrom wie die Sozialdemokraten überall in Europa: Der dritte Weg kommt vielen linken Wählern wie ein Abweg vor, weil er ihnen zu viel Liberalismus ins Soziale mischt, zu viel Nähe zu den Unternehmen und den Banken. Zu viel Realismus.

Doch Italien bräuchte gerade davon ein ganzes Mass voll. Der Partito Democratico hat in der vergangenen Legislaturperiode viel reformiert. Nicht alles war gut, aber fast alles gut gemeint. Manche Minister gehören deshalb zu den populärsten Politikern im Land. Der beliebteste von allen ist Premier Paolo Gentiloni, und zwar querbeet. Dennoch droht den Sozialdemokraten eine krachende Niederlage, vielleicht sogar von historischem Ausmass. Das klingt paradox, spiegelt aber nur die Verwirrung in diesem Moment des Übergangs zwischen Krise und Erholung. Natürlich leidet die Partei auch daran, dass ihr eben erst der linke Flügel abgefallen ist. Das kostet sie 6 Prozent der Stimmen.

Unberechenbares Wahlsystem

Aber nicht nur die Linke ist in Wallung, sondern die gesamte italienische Politik. Prognosen mag niemand anstellen. Das liegt auch daran, dass ein neues, kompliziertes Wahlgesetz, das sogenannte Rosatellum, erstmals zur Anwendung kommt. Es mischt ein bisschen Majorz mit viel Proporz und drängt den Parteien ein kurioses Taktieren auf. In den Einerwahlkreisen mit Mehrheitsmodus lohnt es sich, Wahlbündnisse einzugehen, weil dort der gewinnt, der eine Stimme mehr gewinnt als der Zweite. Zwei Drittel der Sitze werden jedoch nach dem Verhältnismodus vergeben, und da kämpft jede Partei für sich. Das macht die Arbeit der Demoskopen schier unmöglich, zumal es noch keine Erfahrungswerte mit dem Rosatellum gibt. Dennoch: Legt man die Umfragen aller Institute übereinander, lassen sich zwei Wochen vor der Wahl einige Tendenzen erkennen.

Von den drei grossen Blöcken im Wettbewerb hat nur das rechtsbürgerliche Bündnis um Silvio Berlusconi überhaupt eine kleine Chance, in beiden Parlamentskammern eine Mehrheit zu gewinnen. 40 Prozent der Stimmen sind dafür mindestens nötig – insgesamt. Davon sind die liberale Forza Italia, die rechtsextreme Lega, die postfaschistischen Fratelli d'Italia und ihre christdemokratischen Freunde laut jüngsten Umfragen 3 bis 4 Prozent entfernt – es fehlen mehr als 600 000 Stimmen.

> **«Die Ängste der Mittelklasse nähren Ressentiments.»**

Oliver Meiler
Korrespondent Italien

Doch selbst wenn sie es schaffen sollten, heisst das noch nicht, dass sie auch gemeinsam regieren würden. Berlusconi beteuert zwar, die Hetze der Lega und ihres Chefs Matteo Salvini sei nur «Pyrotechnik», er werde die Alliierten schon zu zähmen wissen. Doch eigentlich trennt sie fast alles: die Sicht auf Europa, die Rentenfrage, die Steuern, sogar die Integrationspolitik.

Verpasst die Rechte die Mehrheit, könnte Berlusconi versuchen, seinen wahren Traum zu verwirklichen und an einer Grossen Koalition aller europafreundlichen Moderaten mitzubauen, linken wie rechten. Davon erhofft er sich die endgültige Rehabilitierung – sozusagen eine grosse, wohlige Decke, die sich auf alles legt, was bisher war, seine Skandale und sein politisches Scheitern.

Berlusconi und die Stabilität

Fragt sich nur, ob diese gemässigte Mitte wirklich gross genug wäre, das Land zu tragen. Das Szenario der sogenannten Larghe intese (wörtlich: der breiten Einverständnisse) gefällt in Brüssel und Berlin am besten. Und an den Finanzmärkten. Es steht für Stabilität, obschon Berlusconi, 81 Jahre alt, darin eine zentrale Rolle spielen würde. Natürlich ist das skurril.

Allerdings gibt es da noch eine Alternative, die hochgradig giftig wäre: eine Allianz von Cinque Stelle und Lega, von Wutbürgertum und Rechtspopulismus. Anti-Alles. Sogar gegen das Impfen sind die. Rein arithmetisch ist ein solches Bündnis wohl mehrheitsfähig. Die Fünf Sterne haben bisher noch nie mit anderen Parteien koaliert, weil sie sich ideologisch nicht festlegen mochten. So liessen sich linke wie rechte Wähler anziehen, postideologisch eben. Nun aber öffnen sie sich, auch zur Lega, weil ihre Aussicht auf die Macht sonst illusorisch ist. Eine solche Allianz wäre eine Katastrophe – «Made in Italy». Zum Glück aber ist sie sehr unwahrscheinlich.

Gastbeitrag *Felix Bolliger und Jacob Zgraggen* über die Neuordnung des Steuersystems.

Mikrosteuer statt Stillstand

Es ist an der Zeit, unser Steuersystem grundlegend neu aufzustellen. Nur so ist die gegenwärtig herrschende Blockade zu knacken: Die Unternehmenssteuerreform III wurde vom Volk abgelehnt. Die geplante Steuerreform 17 ist eine Zitterpartie, während der Druck des Auslands zunimmt, schweizerische Steuerspezialitäten wie die Begünstigung von Holdings und Domizilgesellschaften endlich abzuschaffen. Dennoch finden Bundesrat und Parlament, alles könne im selben Trott weitergehen: Am 4. März kommt die neue Finanzordnung 2021 zur Abstimmung. Sie zementiert das hergebrachte System mit direkter Bundessteuer und Mehrwertsteuer.

Dabei verändert sich das internationale steuerliche Umfeld rasant. Die grossen Staaten setzen ihre eigenen Interessen durch. Die Globalisierung unterläuft die bestehenden Steuerordnungen. Aktuell kommt Donald Trumps Steuerreform dazu mit ihren positiven Auswirkungen für die US-Wirtschaft.

All das muss jetzt Ansporn sein für einen zukunftsweisenden Wurf: Wir schlagen vor, die jährlichen Bundeserträge von 45 Milliarden Franken aus der direkten Bundessteuer und der Mehrwertsteuer vollständig, effizient und rasch durch die Einnahmen aus einer automatischen Mikrosteuer zu ersetzen.

Neu werden damit nicht länger Mensch und Arbeit besteuert, sondern der Zahlungsverkehr. Auf jeder Ein- und Auszahlung – etwa bei der Lohnüberweisung, beim bargeldlosen Bezahlen im Laden oder beim Onlinebanking – erhebt der Bund eine Mikrosteuer, was sich leicht automatisieren lässt. Dennoch stünde dem Staat für seine Aufgaben so viel Geld zur Verfügung wie heute.

Laut der Nationalbank hat der Zahlungsverkehr in der Schweiz ein Volumen von 43 000 Milliarden Franken. Zum Vergleich: Das Bruttoinlandprodukt der Schweiz beträgt 670 Milliarden Franken. Zum Zahlungsverkehr im engeren Sinn kommen Devisentransaktionen und der In-House-Zahlungsverkehr von Banken und Postfinance hinzu, beide liegen ebenfalls je im fünfstelligen Milliardenbereich. Der Zahlungsverkehr reicht somit bei weitem als Grundlage für die Besteuerung aus. Es genügt ein Ministeuersatz im Promillebereich auf jeder bargeldlosen Gutschrift und Belastung, um die Mehrwertsteuer und die direkte Bundessteuer abzuschaffen.

Gut für Mittelstand und Wirtschaft

Die Mikrosteuer hat weitere Vorteile: Die Steuer fällt in der Finanzwirtschaft an, was die Realwirtschaft und private Haushalte massiv entlastet. Der Mittelstand, der seit Jahren steuerlich am härtesten in die Pflicht genommen wird, kann aufatmen. Gleichzeitig stärkt das neue System durch seine Einfachheit und Effizienz den Wirtschaftsstandort Schweiz. Gerade für Start-up-Unternehmen ist die Steuer finanziell wie administrativ ein Befreiungsschlag.

Kritiker wenden ein, die Mikrosteuer sei leicht zu umgehen – etwa indem der Zahlungsverkehr ins Ausland verlegt wird. Der Einwand ist leicht zu entkräften: Mit der Einführung der Mikrosteuer werden auch die Stempelsteuern abgeschafft. Ausländische Bankkunden zahlen für Börsengeschäfte damit weniger als heute. Mit einer Abwanderung dieser Kunden ist nicht zu rechnen. Wer in der Schweiz wohnhaft ist, profitiert vom Wegfall der direkten Bundessteuer und der Mehrwertsteuer. Die Abschaffung dieser Steuern und die Einführung der Mikrosteuer gehen Hand in Hand. Gerade das heutige Steuersystem zeichnet sich dadurch aus, dass eine ganze Industrie Ausweichmanöver auslotet. Da die Mikrosteuer einfacher und transparenter ist, gibt es weniger Umgehungsmöglichkeiten.

Die Mikrosteuer ist einfach und effizient, sie bringt Transparenz in den Zahlungsverkehr und bringt mehr Steuergerechtigkeit. Wagen wir den Systemwechsel.

Felix Bolliger und Jacob Zgraggen bilden unter anderem mit Ex-Regierungssprecher Oswald Sigg, dem ETH-Professor und Unternehmer Anton Gunzinger und dem Zürcher Bankenprofessor Marc Chesney das Initiativkomitee für die Einführung einer Mikrosteuer. Die Initiative ist gegenwärtig in der Bundeskanzlei in der Vorprüfung. www.microtax.ch